

# 1. Einleitung

Wir haben es derzeit mit einer der gewichtigeren Krisen des Kapitalismus zu tun. Diese Erkenntnis hat sich auch bei denen durchgesetzt, die gewöhnlich nicht vom Kapitalismus reden. Der Vergleich mit der Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1939 liegt nahe oder auch – harmloser – mit der Umbruchphase der 1970er Jahre. Mit diesen beiden Vorgängerkrisen hat diese 2007 offen ausgebrochene Finanz- und Weltwirtschaftskrise eine Sache gemeinsam: So wie bisher kann es nicht weitergehen. Da das so ist, ergibt sich die einfache These: Die Krise markiert das Ende des Neoliberalismus.

Das klingt wie historischer Optimismus. Und man muss einräumen, dass die Aussage vom Ende des Neoliberalismus bisher nur eine ökonomische Schlussfolgerung ist. Politisch ist von einem Ende des Neoliberalismus fast nirgendwo etwas zu erkennen. Ausnahmen sind die Streiks und Demonstrationen in Griechenland gegen das von den Euro-Partnern, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und den Finanzmärkten auferlegte Spardiktat sowie die Tatsache, dass sich die Bevölkerung Islands erfolgreich gegen die Pflicht zur Rückzahlung der Schulden gewehrt hat, die die isländischen Banken in den Niederlanden und Großbritannien aufgehäuft hatten. Die Parole der Isländer und Griechen ist die gleiche, die auch in Deutschland – allerdings zu schwach – zu hören ist: »Wir zahlen nicht für eure Krise«. Es ist die genau richtige Parole.

Die Unfähigkeit der Regierungen, mit der Krise und ihren Auswirkungen fertig zu werden, hat das politische System in allen (alten) kapitalistischen Ländern geschwächt. Mit Verblüffung nehmen in

Deutschland die Bürger die Orientierungslosigkeit der rechten, liberal-konservativen Regierung zur Kenntnis. Ihr Handeln in der Europapolitik, in der Finanz- und Steuerpolitik widerspricht eigenen, früher für heilig gehaltenen Prinzipien. Die Anhänger dieser Prinzipien und, was meist dasselbe ist, diejenigen, die hofften, von einem gelungenen Wirtschaftsaufschwung zu profitieren, sind bitter enttäuscht. Sie laufen davon und, wenn sie Wahlmänner oder -frauen in der Bundesversammlung sind, wählen sie nicht Frau Merkels Kandidaten, sondern einen scheinbar prinzipienfesten Mann der Reaktion, Joachim Gauck.

Das ist in anderen Ländern ganz ähnlich. Keine Regierung kann davon ausgehen, wiedergewählt zu werden. Sogar im hyperstabilen Japan wurden die Liberaldemokraten, die alte stockkonservativ-neoliberale Partei aus der Regierung entfernt – und der neue Premier gleich wieder gestürzt. In Großbritannien gab es einen klassischen Regierungswechsel hin zu den Konservativen. Barack Obama, Nicolas Sarkozy, Silvio Berlusconi, José Luis Zapatero können nicht sicher sein, die nächsten Wahlen wieder zu gewinnen. Sie haben den Wählern noch weniger zu bieten als in früheren Zeiten. Der Druck im Inland macht diese Regierungen weniger fähig zum Kompromiss im Ausland. In Kopenhagen und Toronto haben die Teilnehmer gar nicht versucht, ihre Differenzen höflich vor der Öffentlichkeit zu glätten. Die Krise des Euro ist von einer innenpolitisch bedrängten deutschen Kanzlerin verschärft worden. Politisch sieht das wie Wetterleuchten aus. Noch scheint das Gewitter ein paar Dutzend Kilometer entfernt.

Die Weltwirtschaftskrise geht ökonomisch nicht von selbst vorbei. Ebenso wenig erscheint ein rettender Helfer, etwa eine dauerhaft schnell wachsende chinesische Volkswirtschaft. Dadurch mildert sich zwar die Krise, sie verschwindet aber nicht. Die US-Volkswirtschaft gerät vor allem wegen der rasch steigenden Arbeitslosigkeit und damit sinkender Nachfrage erneut in ein Konjunktural. In Europa hat die Wirtschaftsleistung noch bei weitem nicht den Vorkrisenstand erreicht. Nun wird die staatliche Nachfrage zurückgenommen, werden die Haushalte unter Zwang oder freiwillig konsolidiert. Die leichte Erholung aus dem zweiten Halbjahr 2009 und dem ersten 2010 bricht ab. Voraussichtlich folgt Stagnation.

Die Weltwirtschaftskrise ist von einer Krise des Finanzsektors ausgelöst worden. Das ist nicht untypisch für den Kapitalismus. Aber es wirft Fragen zum Charakter des Finanzsektors auf und danach, warum er eine herausragende und eben auch niederreißende Rolle zu spielen vermag. Solche Fragen sind zum Beispiel, inwieweit der Spekulationsgewinn eine ganz eigene Form des Profits darstellt; welche Rolle staatliche Institutionen für die Existenz von Banken und Finanzmärkten spielen; warum die Finanzinstitutionen einen so nachhaltigen Einfluss auf die Politik der Nationalstaaten haben; wie es den Akteuren am Kapitalmarkt gelingt, immer größere Anteile des Gesamtprofits für sich abzuzweigen; und weshalb gerade der Finanzsektor der immer wieder rückfällig werdende Krisenproduzent im Kapitalismus ist.

Um solche Fragen diskutieren oder gar beantworten zu können, braucht es eine einigermaßen schlüssige Theorie über das Geld. Dabei orientiert sich der Autor im Grundsatz an Karl Marx. Dennoch ist auch ihm klar, dass es damit allein nicht getan ist. Daher versucht er, ihm wichtige Geldtheorien und insbesondere John M. Keynes zu rezipieren und darzustellen (Kapitel 3). Eine marxistische Geldtheorie wird im 4. Kapitel versucht. Dabei geht es darum, einige Schwächen der Marx'schen Darlegung so zu beseitigen, dass eine Analyse des hochmodernen und hochdestruktiven Finanzsektors möglich wird.

Die Eskimos, sagt man, hätten die meisten Synonyme für »Schnee«, weil er in ihrer Welt das Wichtigste ist. In Deutschland, wie sicher auch in allen anderen Nationen, die die kapitalistische Produktionsweise genießen, gibt es die meisten Synonyme für das schöne Geld. Hier eine Auswahl: Knete, Zaster, Kies, Moos, Kohle, Moneten, Pinke und Pinkepinke, Scheine, Währung, Devisen, Bares, Valuta, Kröten, Peseten, Diri-Dari, Mäuse, Piepen, Schotter, Lappen, Penunzen, Mammon, Eier, Koks, Marie und die dicke Marie, Quickser, Bimbis, Pieselotten, Knatze, Knatter, Mücken, Pekuniäres, Blech, Pimperlinge, Cash, Stutz, Rubel, Taler, Blüten, Peanuts, Altendiezer, Pulver, Ökken, Draht, Money, Flocken... Die Bedeutung des Themas sei hiermit noch einmal nachgewiesen.